

# Luxemburgs expansive Aufgabe in Saar-Lor-Lux-Wallonien

## II. Warum keine luxemburgische Führung?

Klaus Pöhle

**Das Umland muss vom vernachlässigten Hinterland zum Partner auf Dauer werden, für das Luxemburgs Politik im (fast) gleichen Maße Verantwortung trägt wie für das eigene Territorium. Hier werden sich Luxemburgs Partner besorgt fragen, ob sich außer Premier Juncker auch seine Mitbürger auf den größeren Raum einstellen können.**

Wenn Wirtschaft wie Bürger statt Stagnation Fortschritte für die Großregion erwarten, muss die politische Ebene initiativ werden und neue Wege auch für Handlungsebenen beschreiten. Der SLLW- Gipfel könnten höchstens durch Einsetzung eines Präsidenten überboten werden. Ohne selbst Chef einer der sechs Exekutiven der SLLW-Partner zu sein, wäre sein Einfluss gering. Da sich die bisherige Rotation im Vorsitz der Gipfelkonferenzen als nicht ausreichend erwiesen hat, sollte dem bestgestellten Partner unter ihnen dauerhafte oder mittelfristig begrenzte Leadership angeboten werden. Dabei könnten der Anteil am SLLW-Gesamt-BIP (Lothringen), die Bevölkerungszahl (Wallonien) oder das BSP pro Kopf (Luxemburg) erwogen werden.

Den Ausschlag geben sollte jedoch die Addition mehrerer Kriterien, um den größtmöglichen Nutzen für SLLW zu ziehen, was auf Luxemburg hinausläuft. Für das Gründungsmitglied von EG/EU und kleinstem Mitgliedsland mit stark prosperierender Wirtschaft im Gegensatz zum SLLW-Umland würde die Weisheit gelten: 'Unter Blinden ist der Einäugige König'. Auch würde anerkannt, das Luxemburgs Premierminister Juncker auf den SLLW-Gipfeln stärker als die meisten seiner Kollegen auf Fortschritte drängte, es nicht bei schönen Worten beließ, sondern der Großregion ein repräsentatives Haus als administrative Basis für ein SLLW-Sekretariat zur Verfügung stellte.<sup>1</sup>

Leadership setzt ein ernst gemeintes Angebot der fünf Partner sowie Akzeptanz von Luxemburgs Parlament und Bevölkerung voraus. Zuerst müssten die SLLW-Partner Luxemburgs vom Prinzip Abstand nehmen, dass alle Partner gleichwertig und deshalb für eine GZA (grenzüberschreitende Zusammenarbeit) Hierarchien nicht annehmbar sind.<sup>2</sup> Gleichwertig sind die sechs SLLW-Partner wegen der Statusunterschiede schon heute nicht und genau in seiner Ausnahmesituation liegt die



Chance für Luxemburgs Führungsrolle. Erst mit dem Beitritt weiterer kleiner Staaten könnte sich die Situation wiederholen, dass ein vollständiges EU-Mitgliedsland Partner einer regionalen GZA wird (Malta mit Sizilien?).

Da einseitige Dominanz des einen wie dauerhafte Unterordnung aller anderen ausgeschlossen bleiben müssen, kommt nur die Stellung eines Primus inter pares unter Beibehaltung der Einstimmigkeit auf den Gipfeln infrage. Allerdings sollten in Anlehnung an EU-Praktiken einstimmige Beschlüsse auch dann möglich sein, wenn

Der Autor, lange *stv.* Generalsekretär der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament, ist Mitbegründer des European Center for Parliamentary Research. Der erste Teil des Artikels erschien in forum 223, S. 9-13.

einer der Partner sich an einer zentralen Einrichtung (noch) nicht beteiligen will.

Da in SLLW zwei föderalistische (Deutschland/Belgien) mit 2 unitarischen Staaten (Frankreich/Luxemburg) GZA betreiben wollen, wäre es ein Vorzug, wenn ein unitarischer Staat den Handlungsspielraum gegenüber den Nationalstaaten testen und ihnen bisher nicht gewährte Zugeständnisse abringen würde und dies sogar entgegen der Schwierigkeiten, die Blätter beim Aufeinandertreffen von unitarischen mit föderalistischen Staaten sieht.<sup>3</sup> Luxemburg könnte z.B. das Terrain beim Elysée und Matignon diplomatisch vorbereiten, damit die Lothringer Behörden nicht beim Innenministerium gegen eine Mauer laufen. Da regionale, auch grenzüberschreitende Zusammenarbeit von der EU gewollt und erst in Nizza (Dezember 2000) ‚verstärkte Zusammenarbeit‘ ausdrücklich bejaht wurde, könnte niemand Luxemburg Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten vorwerfen.

Worin bestünde die Führung: Luxemburgs Premier würde Sprecher der Großregion nach außen, d.h. gegenüber EU-Partnern und anderen Staaten, gegenüber der EU selbst und ihren Organen und Institutionen; aber auch gegenüber dem Europarat und allen für GZA relevanten zahlreichen Verbänden und Einrichtungen. Da EU-Struktur- und Regionalfonds mit der Osterweiterung weiteren Veränderungen unterliegen werden, könnte Luxemburg sehr früh auf die EU-Kommission sowie im Rat und seinen Arbeitsgruppen Einfluss nehmen, dem sich dann in einer abgestimmten Aktion die Landesregierungen von Saar, Rheinland-Pfalz und Wallonien sowie die Lothringer Behörden in ihren Hauptstädten anschließen könnten. Im Europäischen Parlament würden die MdEP aus der Großregion ebenso wie die Vertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuss und vor allem im Ausschuss der Regionen unter Luxemburger Leitung eine überparteiliche Intergroup bilden und Vorreiter für einen neuen Typus von Interessenvertretung sein. So würden streng national verteilte Mandate von Fall zu Fall zu einer grenzüberschreitenden Gruppierung jenseits parteipolitischer Ausrichtung formiert. Noch im Entwurfstadium befindliche Vorschläge der EU-Kommission können von Luxemburgs Ständiger Vertretung bei der EU besser beeinflusst werden als von den Abgesandten des Saarlands, Lothringens usw. in ihren ‚Häusern‘ in Brüssel. Mit seinen Messen und häufigen Handelsanbahnungsmissionen in ferne Länder hätte Luxemburg prononciert für SLLW und nicht nur für das Großherzogtum zu werben. Sobald Luxemburgs Führung und Wirtschaftskraft dem Mikrokosmos SLLW erhebliche Wachstumsimpulse vermittelt, kann die Großregion an wirtschaftlicher wie politischer Bedeutung zule-

gen, was ihre Stellung innerhalb der Regionen und der Mitgliedstaaten der EU stärken würde.

Zweifellos würden alle SLLW-Partner gegenüber jedem „Auserwählten“ erhebliches Misstrauen zu überwinden haben, er könnte seinen eigenen Vorteil stets dem gemeinsamen vorziehen. Im Fall Luxemburgs verstärken sich Vorbehalte emotional, weil es als Nationalstaat wesentlich unabhängiger ist und seine Dépendance von der Großregion noch nicht anerkennt. Die zu erwartende, aber durchaus nicht garantierte weitere wirtschaftliche Prosperität Luxemburgs verführt dort zur bequemen Haltung, keinerlei Mühe auf alternative Strategien zu verwenden und trotz seines hohen Wohlstandes die Zuweisung weiterer EU-Mittel einfach zu unterstellen. Viele Luxemburger halten ihr Land für stark genug, den erreichten hohen Wohlstand und das politische Gewicht aus eigener Kraft wohl aber unter Ausnutzung der nachbarlichen Ressourcen zu behaupten.

Dagegen könnten die SLLW-Partner auf eindeutige Fakten verweisen. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wie bisher (38% zwischen 1990 und 1999) ist es dringend auf die SLLW-Humanressourcen angewiesen, zumal der Luxemburger Wohlstand sich in einer großzügigen fast generellen Frühverrentung (ab 55 Jahren) bemerkbar machte. Deshalb zieht das Land immer mehr Pendler aus dem SLLW-Umland an sich.<sup>4</sup> Diese sind im Arbeitsverhältnis luxemburgischen Arbeitnehmern gleichgestellt, nicht jedoch bei den gesellschaftlichen Mitwirkungsrechten in Gewerkschaften, Arbeiter- oder anderen Kammern, weil damit Posten und Einfluss für Luxemburger in Gefahr geraten würden. Schon jetzt gilt der Arbeitsmarkt der Großregion vielen Luxemburgern als ausgeschöpft, weshalb sie auf die Osterweiterung warten, statt SLLW-weit – wie die Schweizer Wirtschaft am Oberrhein – eine gemeinschaftliche intensive Ausbildungspolitik ins Leben zu rufen. Die fast 1.900 in Luxemburg verwalteten Fonds benötigen dringend Fachkräfte und Luxemburg rekuriert bereits auf zahlreiche spezialisierte Einrichtungen der Hochschullandschaft des SLLW-Umlandes. Mangels eigener (Voll-)Universität besuchen Luxemburger gern die Universitäten und Hochschulen in der Großregion. Dort wird kritisch vermerkt, dass das reiche Luxemburg zum Unterhalt dieser teuren Lehranstalten nichts beiträgt, obwohl es sich bisher die Kosten für eigene Einrichtungen ersparte. Jetzt sollen als Beginn einer Luxemburger Universität drei Fakultäten – teilweise aufbauend auf bestehenden Einrichtungen – errichtet werden. In den SLLW – Hochschulgremien ist dies kaum besprochen worden.

Mangels eigener Raumplanung muss es zur Sicherung seiner Wettbewerbsfähigkeit starkes Inter-

---

**Mangels eigener Universität besuchen Luxemburger oft Universitäten der Großregion. Dort wird kritisiert, dass das reiche Luxemburg zum Unterhalt der teuren Lehranstalten nichts beiträgt, obwohl es Kosten für eigene Institute spart. Dass jetzt eine Luxemburger Universität errichtet werden soll, wurde in SLLW-Hochschulgremien kaum besprochen.**

---

Wenn Wirtschaft wie Bürger statt Stagnation Fortschritte für die Großregion erwarten, muss die politische Ebene initiativ werden und neue Wege auch für Handlungsebenen beschreiten. Der SLLW-Gipfel könnten höchstens durch Einsetzung eines Präsidenten überboten werden. Ohne selbst Chef einer der sechs Exekutiven der SLLW-Partner zu sein, wäre sein Einfluss gering. Da sich die bisherige Rotation im Vorsitz der Gipfelkonferenzen als nicht ausreichend erwiesen hat, sollte dem bestgestellten Partner unter ihnen dauerhafte oder mittelfristig begrenzte Leadership angeboten werden. Dabei könnten der Anteil am SLLW-Gesamt-BIP (Lothringen), die Bevölkerungszahl (Wallonien) oder das BSP pro Kopf (Luxemburg) erwogen werden.

Den Ausschlag geben sollte jedoch die Addition mehrerer Kriterien, um den größtmöglichen Nutzen für SLLW zu ziehen, was auf Luxemburg hinausläuft. Für das Gründungsmitglied von EG/EU und kleinstem Mitgliedsland mit stark prosperierender Wirtschaft im Gegensatz zum SLLW-Umland würde die Weisheit gelten: 'Unter Blinden ist der Einäugige König'. Auch würde anerkannt, das Luxemburgs Premierminister Juncker auf den SLLW-Gipfeln stärker als die meisten seiner Kollegen auf Fortschritte drängte, es nicht bei schönen Worten beließ, sondern der Großregion ein repräsentatives Haus als administrative Basis für ein SLLW-Sekretariat zur Verfügung stellte.<sup>1</sup>

Leadership setzt ein ernst gemeintes Angebot der fünf Partner sowie Akzeptanz von Luxemburgs Parlament und Bevölkerung voraus. Zuerst müssten die SLLW-Partner Luxemburgs vom Prinzip Abstand nehmen, dass alle Partner gleichwertig und deshalb für eine GZA (grenzüberschreitende Zusammenarbeit) Hierarchien nicht annehmbar sind.<sup>2</sup> Gleichwertig sind die sechs SLLW-Partner wegen der Statusunterschiede schon heute nicht und genau in seiner Ausnahmesituation liegt die Chance für Luxemburgs Führungsrolle. Erst mit dem Beitritt weiterer kleiner Staaten könnte sich die Situation wiederholen, dass ein vollständiges EU-Mitgliedsland Partner einer regionalen GZA wird (Malta mit Sizilien?).

Da einseitige Dominanz des einen wie dauerhafte Unterordnung aller anderen ausgeschlossen bleiben müssen, kommt nur die Stellung eines Primus inter pares unter Beibehaltung der Einstimmigkeit auf den Gipfeln infrage. Allerdings sollten in Anlehnung an EU-Praktiken einstimmige Beschlüsse auch dann möglich sein, wenn einer der Partner sich an einer zentralen Einrichtung (noch) nicht beteiligen will.

Da in SLLW zwei föderalistische (Deutschland/Belgien) mit 2 unitarischen Staaten (Frankreich/Luxemburg) GZA betreiben wollen, wäre es ein Vorzug, wenn ein unitarischer Staat den Hand-

lungsspielraum gegenüber den Nationalstaaten testen und ihnen bisher nicht gewährte Zugeständnisse abringen würde und dies sogar entgegen der Schwierigkeiten, die Blatter beim Aufeinandertreffen von unitarischen mit föderalistischen Staaten sieht.<sup>3</sup> Luxemburg könnte z.B. das Terrain beim Elysée und Matignon diplomatisch vorbereiten, damit die Lothringer Behörden nicht beim Innenministerium gegen eine Mauer laufen. Da regionale, auch grenzüberschreitende Zusammenarbeit von der EU gewollt und erst in Nizza (Dezember 2000) ‚verstärkte Zusammenarbeit‘ ausdrücklich bejaht wurde, könnte niemand Luxemburg Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten vorwerfen.

Worin bestünde die Führung: Luxemburgs Premier würde Sprecher der Großregion nach außen, d.h. gegenüber EU-Partnern und anderen Staaten, gegenüber der EU selbst und ihren Organen und Institutionen; aber auch gegenüber dem Europarat und allen für GZA relevanten zahlreichen Verbänden und Einrichtungen. Da EU-Struktur- und Regionalfonds mit der Osterweiterung weiteren Veränderungen unterliegen werden, könnte Luxemburg sehr früh auf die EU-Kommission sowie im Rat und seinen Arbeitsgruppen Einfluss nehmen, dem sich dann in einer abgestimmten Aktion die Landesregierungen von Saar, Rheinland-Pfalz und Wallonien sowie die Lothringer Behörden in ihren Hauptstädten anschließen könnten. Im Europäischen Parlament würden die MdEP aus der Großregion ebenso wie die Vertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuss und vor allem im Ausschuss der Regionen unter Luxemburger Leitung eine überparteiliche Intergrup bilden und Vorreiter für einen neuen Typus von Interessenvertretung sein. So würden streng national verteilte Mandate von Fall zu Fall zu einer grenzüberschreitenden Gruppierung jenseits parteipolitischer Ausrichtung formiert. Noch im Entwurfstadium befindliche Vorschläge der EU-Kommission können von Luxemburgs Ständiger Vertretung bei der EU besser beeinflusst werden als von den Abgesandten des Saarlands, Lothringens usw. in ihren ‚Häusern‘ in Brüssel. Mit seinen Messen und häufigen Handelsanbahnungsmissionen in ferne Länder hätte Luxemburg prononciert für SLLW und nicht nur für das Großherzogtum zu werben. Sobald Luxemburgs Führung und Wirtschaftskraft dem Mikrokosmos SLLW erhebliche Wachstumsimpulse vermittelt, kann die Großregion an wirtschaftlicher wie politischer Bedeutung zulegen, was ihre Stellung innerhalb der Regionen und der Mitgliedstaaten der EU stärken würde.

Zweifellos würden alle SLLW-Partner gegenüber jedem „Auserwählten“ erhebliches Misstrauen zu überwinden haben, er könnte seinen eigenen Vorteil stets dem gemeinsamen vorziehen. Im Fall

---

**Die erfolgreiche EU-Mitgliedschaft Luxemburgs verpflichtet, die Regeln des Binnenmarktes zu achten, was Öffnung des öffentlichen Dienstes für EU-Bürger einschließt. Diese Perspektive gefährdet ein Grundverständnis Luxemburger Politik: patriarchalische soziale und gesellschaftliche Absicherung aller Luxemburger Landeskinder.**

---

Luxemburgs verstärken sich Vorbehalte emotional, weil es als Nationalstaat wesentlich unabhängiger ist und seine Dépendance von der Großregion noch nicht anerkennt. Die zu erwartende, aber durchaus nicht garantierte weitere wirtschaftliche Prosperität Luxemburgs verführt dort zur bequemen Haltung, keinerlei Mühe auf alternative Strategien zu verwenden und trotz seines hohen Wohlstandes die Zuweisung weiterer EUMittel einfach zu unterstellen. Viele Luxemburger halten ihr Land für stark genug, den erreichten hohen Wohlstand und das politische Gewicht aus eigener Kraft wohl aber unter Ausnutzung der nachbarlichen Ressourcen zu behaupten.

Dagegen könnten die SLLW-Partner auf eindeutige Fakten verweisen. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wie bisher (38% zwischen 1990 und 1999) ist es dringend auf die SLLW-Humanressourcen angewiesen, zumal der Luxemburger Wohlstand sich in einer großzügigen fast generellen Frühverrentung (ab 55 Jahren) bemerkbar machte. Deshalb zieht das Land immer mehr Pendler aus dem SLLW-Umland an sich.<sup>4</sup> Diese sind im Arbeitsverhältnis luxemburgischen Arbeitnehmern gleichgestellt, nicht jedoch bei den gesellschaftlichen Mitwirkungsrechten in Gewerkschaften, Arbeiter- oder anderen Kammern, weil damit Posten und Einfluss für Luxemburger in Gefahr geraten würden. Schon jetzt gilt

der Arbeitsmarkt der Großregion vielen Luxemburgern als ausgeschöpft, weshalb sie auf die Osterweiterung warten, statt SLLW-weit – wie die Schweizer Wirtschaft am Oberrhein – eine gemeinschaftliche intensive Ausbildungspolitik ins Leben zu rufen. Die fast 1.900 in Luxemburg verwalteten Fonds benötigen dringend Fachkräfte und Luxemburg rekurriert bereits auf zahlreiche spezialisierte Einrichtungen der Hochschullandschaft des SLLW-Umlandes. Mangels eigener (Voll-)Universität besuchen Luxemburger gern die Universitäten und Hochschulen in der Großregion. Dort wird kritisch vermerkt, dass das reiche Luxemburg zum Unterhalt dieser teuren Lehranstalten nichts beiträgt, obwohl es sich bisher die Kosten für eigene Einrichtungen ersparte. Jetzt sollen als Beginn einer Luxemburger Universität drei Fakultäten – teilweise aufbauend auf bestehenden Einrichtungen – errichtet werden. In den SLLW – Hochschulgremien ist dies kaum besprochen worden.

Mangels eigener Raumplanung muss es zur Sicherung seiner Wettbewerbsfähigkeit starkes Interesse an der Vergrößerung ‚seines‘ Binnenmarktes haben und nicht allein den Anstieg seiner Wohnbevölkerung auf 700 000 Menschen für ausreichend zur Sicherung seiner politischen Rolle, des wirtschaftlichen Wachstums und seiner Renten halten. Schon um diesem Zuwachs an Bevölkerung preiswerten Wohnraum zu bieten, müsste

**Da man in den Partnergebieten Luxemburger Überheblichkeit fürchtet, wird viel Takt im Umgang miteinander benötigt, damit neben der nationalen und regionalen eine corporate identity entsteht, auf die sich Luxemburg in seiner SLLW-Sprecherrolle berufen kann.**

LÉGUMES BIO ?

co-labor ..

121117112173 15 8240

<sup>1</sup> Bisher haben nur das Saarland, Rheinpfalz und Luxemburg je einen Mitarbeiter abgeordnet.

<sup>2</sup> Blatter, Joachim: Entgrenzung der Staatenwelt? Politische Institutionenbildung in grenzüberschreitenden Regionen in Europa und Nordamerika. Baden-Baden 2000, S. 58.

<sup>3</sup> Blatter, S. 62/63.

<sup>4</sup> Die Zahl der Gesamtarbeitsplätze in Luxemburg lässt sich durch 3 Teilen: 1/3 Luxemburger, 1/3 Ausländer bereits wohnhaft in Luxemburg und 1/3 Pendler aus SLLW.

<sup>5</sup> Ein gutes Beispiel für diese Orientierung liefert der Essay des Luxemburgers Romain Kirt: Kleine Nation - Grosse Union. Über Möglichkeiten und Grenzen kleinstaatlicher Außenpolitik im geopolitisch neu parzellierten Europa. Echternach 2000.

<sup>6</sup> Luxemburgs Ministerpräsident Juncker im Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 23./24.9.2000, S. 1.

<sup>7</sup> 60 % sollen die luxemburgischen Ausbildungsstätten ohne Abschluss verlassen (Tageblatt 19.12.2000).

<sup>8</sup> „Der Gipfel der Großregion – Materialien und Dokumente“, Bd. 2 der Schriftenreihe Saarland-Saar-Lor-Lux-Europa, hrsg. vom Europabeauftragten der Regierung des Saarlandes, S. 8.

ren erhalten wird. Viele Luxemburger sehen in diesen Veränderungen einen schwerwiegenden Bruch des traditionellen Luxemburger Gesellschaftsvertrages und Unzufriedenheit macht sich breit, zumal von allen Parteien ein öffentlicher Diskurs vermieden und das Problem tabuisiert wird.

Dabei verschärft sich zunehmend der Spagat zwischen begrenztem Humankapital aufgrund des geringen luxemburgischen Bevölkerungsanteils einerseits und wachsendem Bedarf an Spitzenkräften für luxemburgische Positionen in internationalen Organisationen und der EU, für neue Botschaften und neue luxemburgische Institutionen im Inland wie Zentralbank, Rechnungshof u.a., die es bisher nicht oder nur rudimentär gegeben hat. Bei technischen Einrichtungen kriminologischer, gerichtsmedizinischer Art usw. und bei Spezialkliniken bedient sich Luxemburg des SLLW -Umlandes und dürfte der Versuchung widerstehen, eigene schaffen zu wollen. Dafür verrät der Streit um die erste Reha-Klinik des Landes ein Bestreben, entweder dank reichlicher finanzieller Mittel auf diesem Gebiet autark zu werden oder der nahe gelegenen Reha-Klinik im Saarland die Einnahmen nicht zu gönnen.

Dagegen denkt Luxemburg an SLLW, wenn es demnächst nicht mehr genügend luxemburgische Soldaten für Friedensmissionen bzw. für die im Aufbau befindliche ‚Schnelle Einsatztruppe‘ der EU zur Verfügung stellen kann. Mit hohen Tagelohnern möchte Luxemburg nun EU – Bürger für die luxemburgische Armee gewinnen. Fraglich bleibt, ob ihnen der Militärdienst wie Luxemburgern die Aufnahme in den öffentlichen Dienst mit seinem herausragenden Pensionssystem (80 % des letzten Gehalts) ermöglicht. Natürlich fördert auch bei den SLLW- Partnern landsmannschaftliche Zugehörigkeit die Aufstiegschancen, weil „man irgendwie dazu gehört“, aber die persönliche Qualifikation muss sich eher in einem ernsthaften Wettbewerb bewähren.

In Luxemburg sollte nicht übersehen werden, dass sein hoher Wohlstand wesentlich auf dem Wirken von Ausländern beruht, denn die Zahl der Luxemburger hat sich in 40 Jahren kaum verändert, während der Ausländeranteil ständig gestiegen ist. Bei der anvisierten Bevölkerungszahl von 700 000 würde sich das jetzige Verhältnis Luxemburg (65%) – Ausländer (35 %) umkehren und die Stellung des luxemburgischen Volkes noch einmal tiefgreifend verändern. Eine radikale Umstellung der bisher sehr zurückhaltenden Nationalisierungspolitik, etwa durch Halbierung der Mindestresidenzzeit von 10 auf 5 Jahre, stößt bei der Christlich-Sozialen Partei auf Widerstand, die neuerdings Kenntnisse in der luxemburgischen Sprache prüfen will, auch wenn der Bewerber bereits die beiden ande-

ren Amtssprachen Luxemburgs (Französisch/ Deutsch) kennt. Auch passt der Zwang zur Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit weder zur EU-Bürgerschaft noch in die Entwicklung der SLLW-Zusammenarbeit. Den restriktiven Selbstbehauptungswillen des luxemburgischen Volkes kennzeichnen auch die zur Zeit nur für Luxemburg geltenden Ausnahmen beim Kommunalwahlrecht für EU-Bürger: 6 Jahre Aufenthalt für aktives, 12 Jahre für passives Wahlrecht und kein Zugang zum Amt des Bürgermeisters oder des ersten Schöffen.

Natürlich gibt es auch selbstbewusste Luxemburger, und einige mögen bei einer luxemburgischen Führung sogar in nostalgische „Großmachtträume“ verfallen, weil sich SLLW zu einem erheblichen Teil mit dem früheren, bedeutend größeren luxemburgischen Herrschaftsgebiet deckt.

Da die Menschen in den Partnergebieten Luxemburger Überheblichkeit befürchten, würde von allen Seiten viel Takt im Umgang miteinander benötigt werden, damit neben der nationalen und regionalen auch eine corporate identity entsteht, auf die sich Luxemburg in seiner SLLW-Sprecherrolle berufen kann. So dann sollten emotionale Verdichtungssymbole hinzukommen, z.B. ein SLLW-Logo, um das Entstehen eines „Wir-Gefühls“ zu fördern.

Anders als seinen großen Nachbarn Deutschland und Frankreich, mit denen Luxemburg an der Vollendung der europäischen Integration arbeitet, bietet die Kleinheit des Landes das Aktionsfeld Großregion als zusätzliche Herausforderung. Aus SLLW ist eine europäische Kernregion zu machen, welche die nationalstaatlichen Grenzen belässt, aber diese allmählich aufweicht und ein neuartiges, grenzregionales Phänomen des intensiven, aber langfristigen Zusammenwachsens entstehen lässt, welches von außen identifiziert wird und in dessen Inneren eine eigene Identität heranwächst. Die vorhandenen nationalen Identitäten würden modifiziert bleiben, so wie sich Badener und Schwaben noch gern unterscheiden.

Erst dann wäre SLLW das vom SLLW-Gipfel herausgestellte ‚Modell‘<sup>8</sup>, das zwar wegen der zufälligen Konstellation von außerordentlichen Bedingungen kaum Nachahmer finden kann, aber Aussicht hätte, in die europäische Geschichte als Beispiel für ein erfolgreiches Integrationsprojekt jenseits der komplizierten und wohl nur noch punktuell möglichen „Verstärkten Zusammenarbeit“ einzugehen. Luxemburg sollte vor der Geschichte Wert darauf legen, daran wesentlichen Anteil gehabt zu haben.